

ANALYSEPAPIER

DIE KAUFKRAFT IST UNTER DRUCK.



WIR
ERGREIFEN
PARTEI.

**Autorin des Analysepapiers ist SP-Nationalrätin Samira Marti.
Die Ökonomin hat das Papier im Januar 2023 verfasst.**

DIE KAUFKRAFT IST UNTER DRUCK

Die Schweiz ist ein reiches Land. Doch bei vielen Menschen bleibt am Ende des Monats immer weniger Geld übrig. Das Leben wird teurer. Mieten und Krankenkassenprämien steigen rasant. Die Kosten für externe Kinderbetreuung sind hoch, ausserhalb der Städte und Agglomerationen bestehen gar keine entsprechenden Angebote. Viele Frauen arbeiten deshalb ungewollt Teilzeit oder steigen gar aus dem Beruf aus. Löhne und Renten stagnieren oder werden gekürzt und können so die hohen Lebenskosten immer weniger decken. Kurz: Die Kaufkraft ist unter Druck.

Seit Ausbruch des Ukraine-Kriegs kommt die Inflation dazu: Sie erhöht die Preise und entwertet so die Löhne. Die gestiegenen Energiepreise führen zunehmend zu einer allgemeinen Teuerung auch bei anderen Gütern und belasten damit tiefe und mittlere Einkommen. Vor diesem Hintergrund soll das vorliegende Analysepapier aufzeigen, wie es um die Schweizer Kaufkraft steht und welche Faktoren relevant sind, wenn es darum geht, die Schweizer Kaufkraft zu stärken.

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE RELEVANZ DER KAUFKRAFT

Die Kaufkraft ist unter Druck: Dass Erwerbstätige in der Schweiz anständig von ihrem Lohn leben können, ist immer mehr infrage gestellt. Zudem ist der private Konsum volkswirtschaftlich von enormer Bedeutung. 63 Prozent des Bruttoinlandprodukts stammt aus dem Konsum der privaten Haushalte. Insofern sind der Schutz und die Stärkung der Kaufkraft volkswirtschaftlich zentral. Gerade in Zeiten von internationalen Verwerfungen und globalen Lieferketten-Problemen als Folge der Covid-19-Pandemie und des Ukraine-Kriegs ist die Sicherung der inländischen Kaufkraft die wirksamste Massnahme zum Schutz der Schweizer Wirtschaft und besonders der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die immerhin 99,7 Prozent der Schweizer Firmen ausmachen.

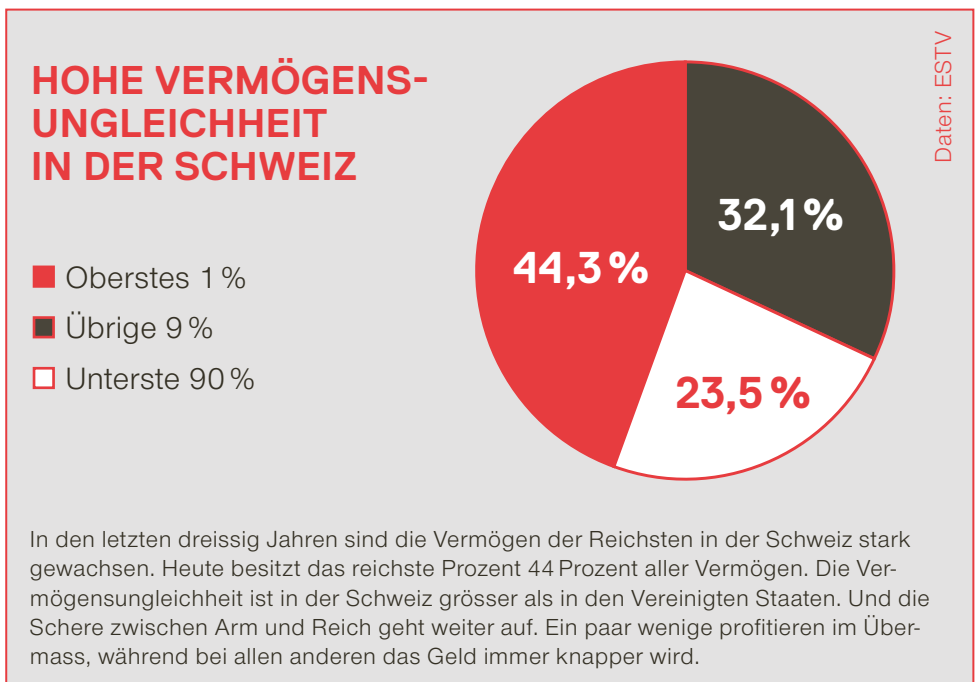


ABBILDUNG 1

KAUFKRAFT – EINE FRAGE DES FREI VERFÜGBAREN EINKOMMENS

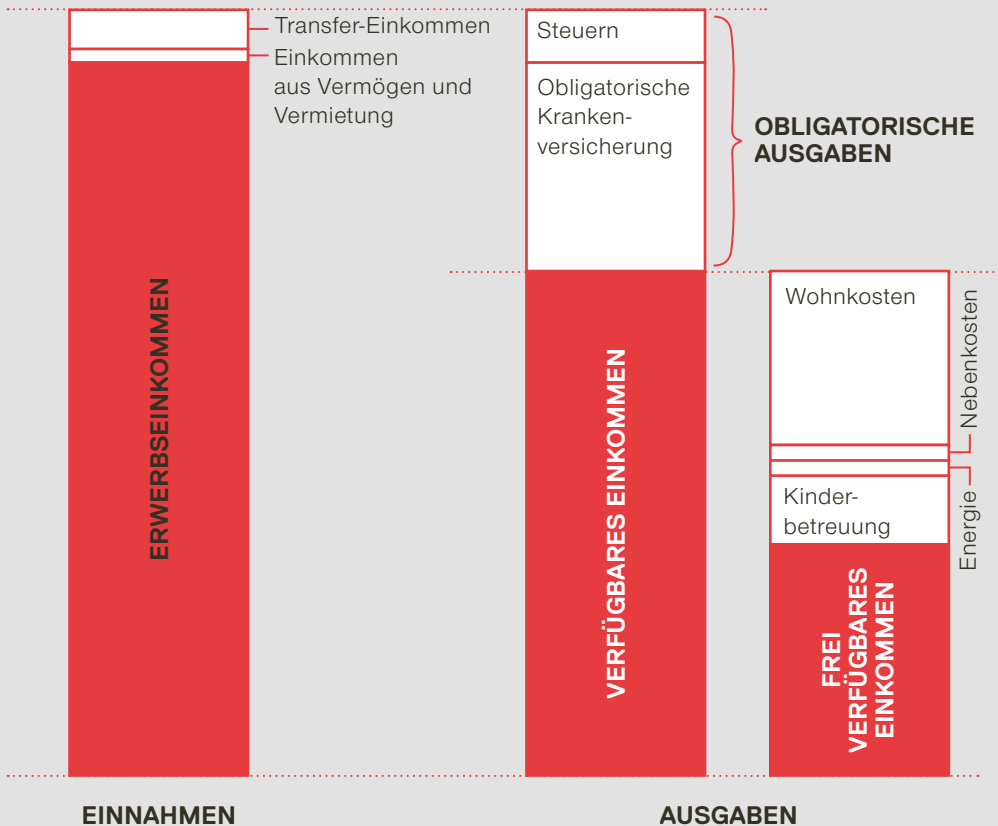
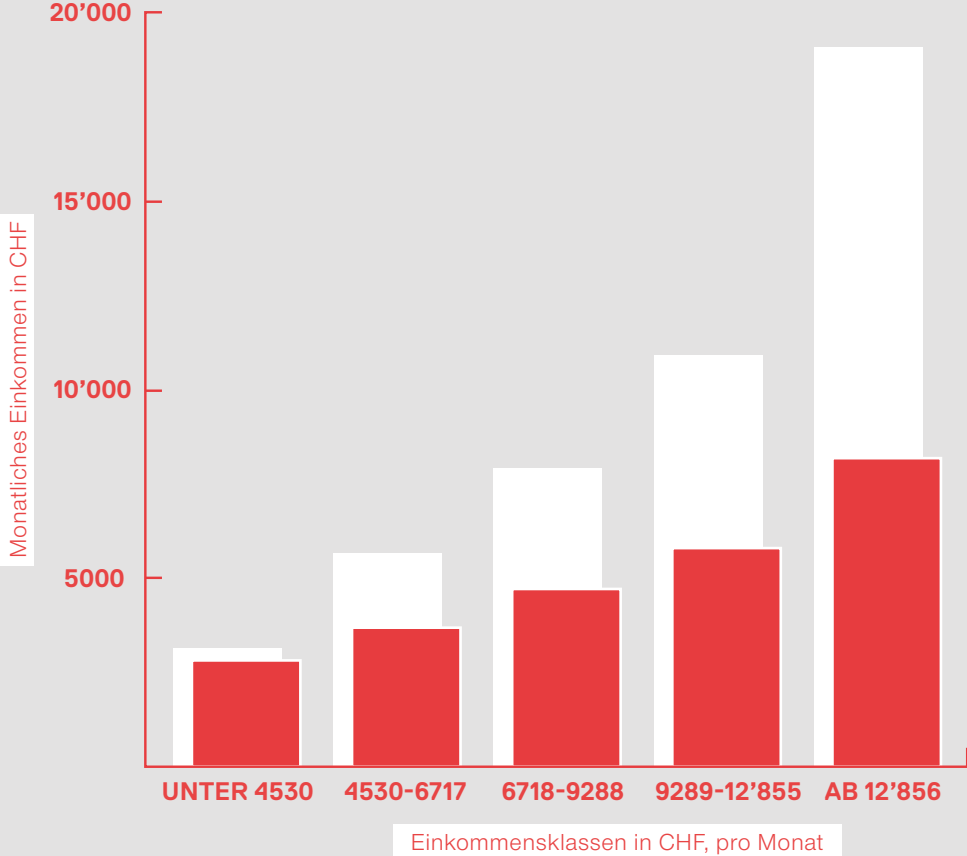


ABBILDUNG 2 KONSUMQUOTE NACH EINKOMMENSKLASSEN



- Bruttoeinkommen
- Konsumausgaben

Daten: HABE

KAUFKRAFT UND KONSUMQUOTE

Die Entwicklung der Kaufkraft der privaten Haushalte kann am frei verfügbaren Einkommen gemessen werden. Die dafür wichtigsten Parameter sind einnahmeseitig die Erwerbseinkommen und Renten, ausgabeseitig die Kosten für Wohnen und Kinderbetreuung sowie für gesetzlich obligatorische Ausgaben wie Krankenkassenprämien und Steuern. Die Abbildung 1 zeigt, wie sich das frei verfügbare Einkommen definiert und inwiefern die genannten Kostenfaktoren die Kaufkraft direkt senken respektive über Preissenkungen entsprechend stärken können.

Das frei verfügbare Einkommen wird von den privaten Haushalten für Konsumgüter verwendet, die nicht oder nur teilweise unmittelbar existenziell sind. Es geht dabei beispielsweise um Restaurant-, Kino- oder Coiffeurbesuche, die man sich leistet, wenn es die finanziellen Verhältnisse zulassen – und worauf man entsprechend verzichtet, wenn das frei verfügbare Einkommen dafür nicht ausreicht. Sinkt das frei verfügbare Einkommen der Haushalte, sinkt auch die Kaufkraft, also wortwörtlich die «Kraft, zu kaufen».

Allerdings wirkt sich eine Senkung des frei verfügbaren Einkommens nicht bei allen Haushalten in gleichem Masse auf die Kaufkraft aus. Denn wie viel des Haushaltseinkommen zeitnah konsumiert wird, ist je nach Einkommensklasse unterschiedlich. Die Konsumquote sinkt mit steigendem Einkommen, wie Abbildung 2 zeigt. Wenn hingegen tiefe und mittlere Einkommen real sinken, wirkt sich das direkter auf das Konsumverhalten und damit auf die Kaufkraft aus. Bei monatlichen Haushaltseinkommen von 10'000 Franken und mehr ändert sich bei einem Einkommensverlust in erster Linie die Sparquote. Direkte volkswirtschaftliche Auswirkungen auf das Wachstum und die Konjunktur-entwicklung hat das nicht.

DIE WICHTIGSTEN PARAMETER ZUR ENTWICKLUNG DER KAUFKRAFT

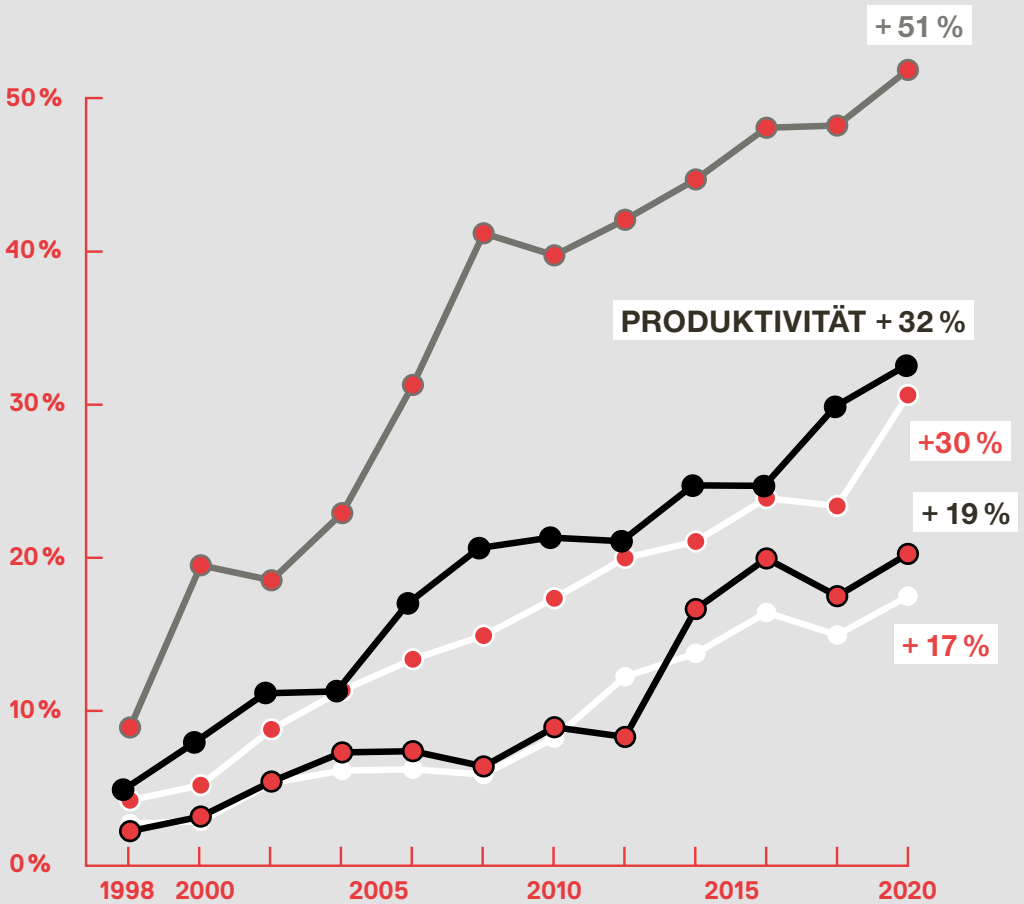
Um die Entwicklung der Kaufkraft über die letzten Jahre nachvollziehen zu können, muss nach den verschiedenen Parametern gemäss Abbildung 1 unterschieden werden. Einkommensseitig sind die Lohn- und die Rentenentwicklung massgebend, ausgabeseitig die Höhe der obligatorischen Abgaben (Einkommenssteuern, Krankenkassenprämien) sowie die wichtigsten Fixkosten der Haushalte, also die Wohnkosten und die Drittbetreuungskosten (Kinderbetreuung, Alten- und Krankenpflege). Im Folgenden wird die Entwicklung dieser sechs Parameter jeweils über Zeit und über verschiedene Einkommensgruppen analysiert. Damit entsteht ein Gesamtbild zur Entwicklung der Kaufkraft der letzten Jahre, das als Ausgangspunkt für die Formulierung von politischen Massnahmen dienen soll.

LOHNENTWICKLUNG

Seit 1998 geht die Lohnschere weit auseinander. Die tiefen und mittleren Löhne hinken der Produktivität stark hinterher, die in den letzten 25 Jahren um über 30 Prozent angestiegen ist. Zeitgleich sind die Löhne der Topverdiener:innen doppelt so schnell angestiegen (+ 51 Prozent bis 2020). Der gemeinsame Wohlstand wird damit immer ungleicher verteilt (siehe Abbildung 3).

Wegen der steigenden Inflation drohen besonders die Löhne in Tieflohnbranchen real zu sinken. Erste Auswertungen zeigen, dass mit Reallohneinbussen von 1,5 bis 2 Prozent gerechnet werden muss. Die Erfahrungen aus den GAV-Verhandlungen der Gewerkschaften im Spätherbst 2022 deuten auf Nominallohnerhöhungen von 2 bis 2,5 Prozent hin. Bei einer Teuerung von rund 3 Prozent führt das zu Reallohnkürzungen.

ABBILDUNG 3 REALLOHNENTWICKLUNG



- Sehr hohe Löhne (Top 1 %)
- Hohe Löhne (Top 10 %)
- Mittlere Löhne (Median)
- Tiefe Löhne (Tiefste 10 %)

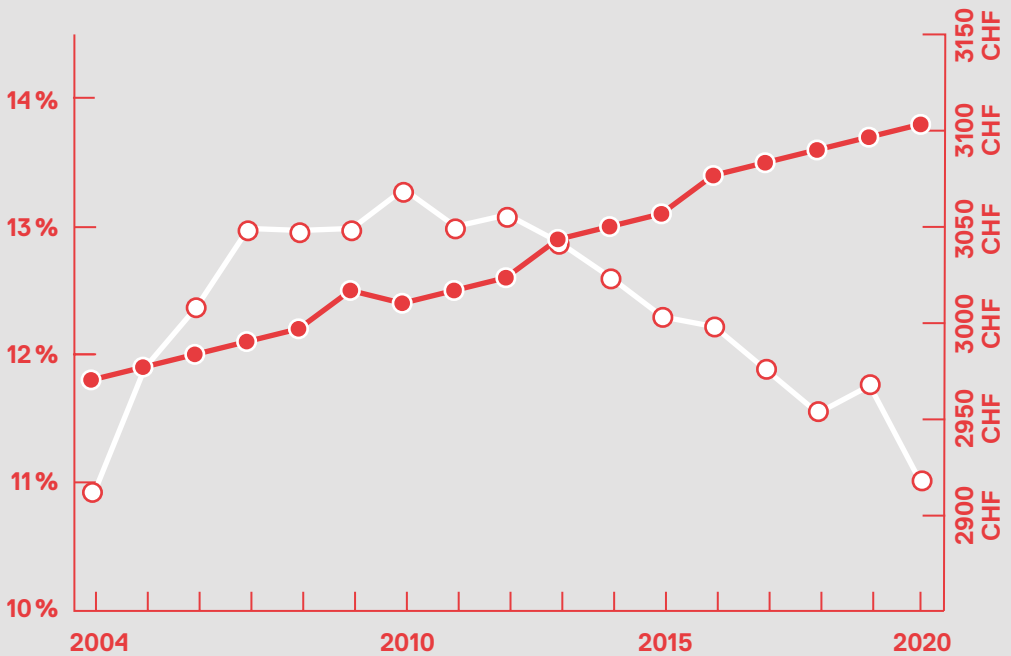
Daten: SGB Verteilungsbericht 2020

RENTENENTWICKLUNG

Für den grössten Teil der Renter:innen ist die AHV die wichtigste Säule der Altersvorsorge. 92 Prozent der Erwerbstätigen erhalten mehr AHV-Rentenleistungen als sie während des gesamten Berufslebens einbezahlt haben. Ein Drittel der Rentnerinnen bezieht ausschliesslich eine AHV-Rente und erhält keine Rente aus der beruflichen Vorsorge (zweite Säule). Doch die mittlere AHV-Rente beträgt nur knapp 1800 Franken pro Monat. Damit lässt sich in der Schweiz der Lebensbedarf im Alter nicht decken. Fast 11 Prozent aller Frauen müssen deshalb direkt beim Renteneintritt Ergänzungsleistungen beantragen. Besonders betroffen sind geschiedene und verwitwete Frauen.

Die AHV-Renten sind zu tief, um den Verfassungsauftrag – die Existenzsicherung im Alter – zu erfüllen. Und die berufliche Vorsorge reicht nicht aus, um diese Lücke zu füllen. Denn die Renten aus der zweiten Säule sind in den letzten Jahren massiv gesunken. Abbildung 4 zeigt, wie sich das Preis-Leistungsverhältnis der zweiten Säule in den letzten knapp zwanzig Jahren entwickelt hat (die Daten beinhalten ausschliesslich Männer). Während die Beitragssätze immer mehr ansteigen, sind die Rentenleistungen der Pensionskassen im Sinkflug. Seit 2010 ist der mittlere Umwandlungssatz um fast 20 Prozent eingebrochen. 2019 erhielt die Hälfte der Personen, die in Pension gingen, eine monatliche Rente von nur 3439 Franken (AHV- und Pensionskassenrenten zusammen). Die Hälfte der Frauen, die 2018 pensioniert wurden, erhält eine Pensionskassenrente unter 1165 Franken pro Monat. In typischen Frauenberufen liegen die Renten aus der zweiten Säule sogar noch tiefer: Zwischen monatlich 500 und 800 Franken sind üblich bei konstantem Lohn (60 Prozent Pensum) und einer Berufslehre als Verkäuferin, Service-Mitarbeiterin, Kindererzieherin, Pflegefachfrau oder als Putzkraft.

ABBILDUNG 4 BERUFLICHE VORSORGE: RENTENLEISTUNGEN UND LOHNBEITRÄGE



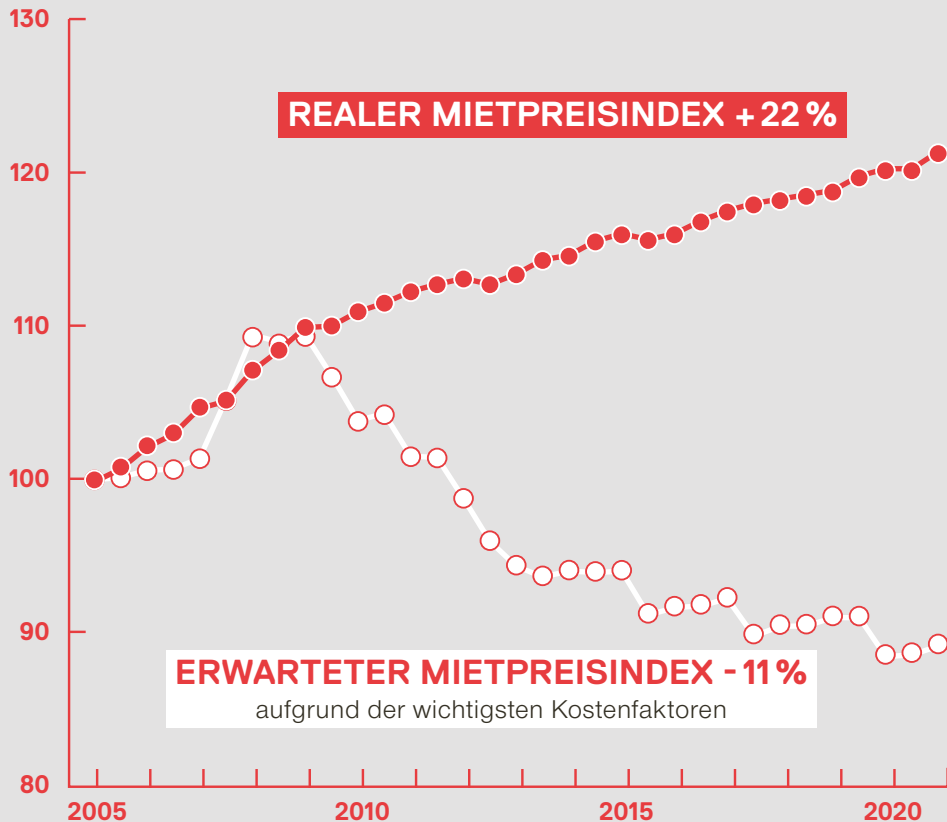
- Lohnbeiträge
- Renten Männer¹

WOHNKOSTEN

Eine neue Studie¹ zeigt, dass die durchschnittlichen Mietpreise gemessen am Mietpreisindex in den letzten 16 Jahren um über 22 Prozent gestiegen sind. Dieser starke Preisanstieg fällt in eine Zeit sehr tiefer Teuerung. Gemäss den relevanten Kostenfaktoren des Mietrechts (Hypothekarzinsentwicklung, Inflation und Unterhaltskosten) hätte der Mietpreisindex in dieser Zeit eigentlich um etwa 11 Prozent sinken müssen (siehe Abbildung 5). Denn das Gesetz schreibt vor, dass Immobilieninvestor:innen keine überhöhten Renditen auf Kosten der Mieter:innen erzielen dürfen. Nach geltendem Recht hätten die Mieten also sinken müssen. Das Gegenteil ist der Fall.

¹ BASS AG (2022): Entwicklung und Renditen auf dem Mietwohnungsmarkt 2006 – 2021.

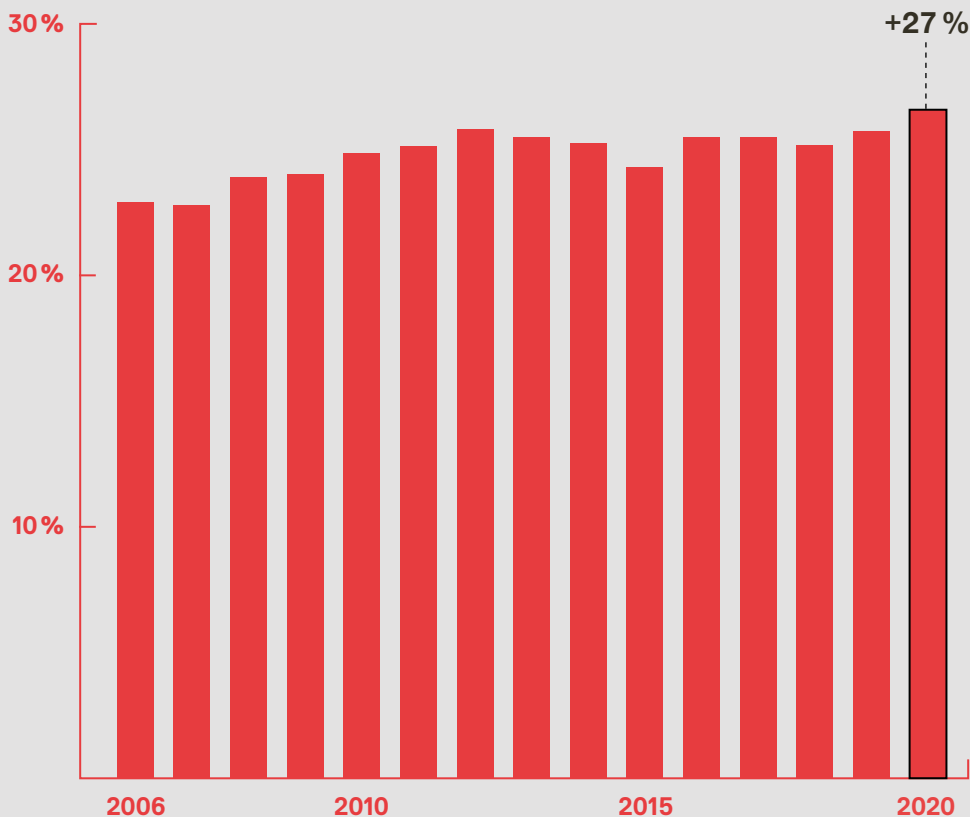
ABBILDUNG 5 MIETZINSENTWICKLUNG



- Mietpreisindex des Bundesamts für Statistik
- Mietpreisindex theoretisch gemäss Büro BASS

ABBILDUNG 6 HAUSHALTAUSGABEN FÜR MIETKOSTEN

Haushalt mit monatlichem Bruttoeinkommen von CHF 4000-6000



Quelle: Bundesamt für Wohnungswesen BWO, HABE

Damit kam es in den letzten 16 Jahren zu einer enormen und unrechtmässigen Umverteilung von den Mieter:innen zu den Immobilienbesitzer:innen. Insgesamt bezahlten die Mieter:innen 78 Milliarden Franken zu viel. Der Anteil dieser illegalen Mietzahlungen ist seit 2006 von Jahr zu Jahr gestiegen. Alleine im Jahr 2021 waren dies 10,5 Milliarden Franken – durchschnittlich sind das monatlich 370 Franken pro Miethaushalt, die zu viel bezahlt wurden.

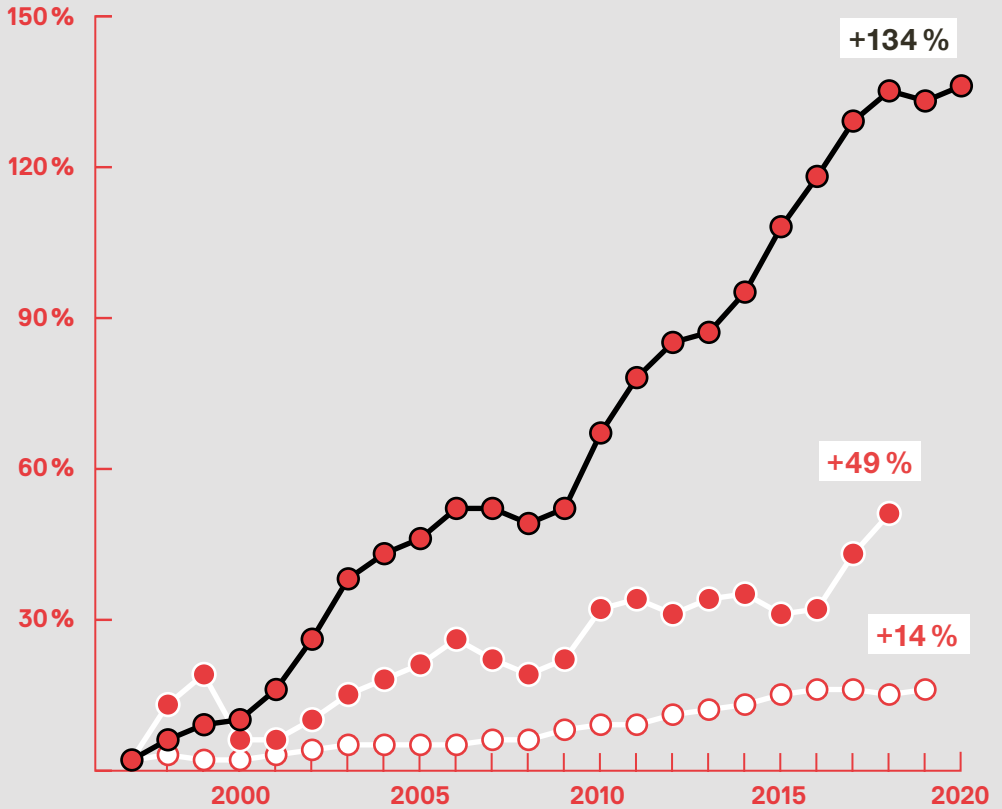
Dieser massive und ungesetzliche Preisanstieg bei den Wohnkosten belastet die Kaufkraft der Haushalte. Das zeigt sich auch bei den Haushaltsbudgets: Immer grössere Anteile des Einkommens müssen für das Wohnen ausgegeben werden. Den stärksten Anstieg verzeichnen dabei die tiefen und mittleren Einkommen. Haushalte mit einem Monatseinkommen von bis zu 4000 Franken geben heute 35 Prozent davon für die Miete aus. Ab 8000 Franken Bruttoeinkommen sind es noch lediglich 20 Prozent. Abbildung 6 zeigt diese Entwicklung seit 2006 für monatliche Haushaltseinkommen von 4000 bis 6000 Franken.

OBLIGATORISCHE KRANKENKASSENPRÄMIEN

Die Krankenkassenprämien stellen für viele Haushalte in der Schweiz neben den Wohnkosten die grösste finanzielle Belastung dar. Seit Einführung des Krankenversicherungsgesetzes haben sich die durchschnittlichen Prämien mehr als verdoppelt (+ 134 Prozent). Krankenkassenprämien sind einkommensunabhängig und funktionieren als Kopfsteuer. Das führt vor allem für Familien und Personen mit tiefen Einkommen zu einer starken Mehrbelastung. Die Prämienentlastung sollte die Kostenlast der Krankenkassenprämien besonders für Familien und Menschen mit tieferen Einkommen abfedern. Diese Zahlungen sind im selben Zeitraum aber im Schnitt nur um 49 Prozent angestiegen und konnten somit die Preisexplosionen nicht ausgleichen. Da die durchschnittlichen Löhne im selben Zeitraum deutlich langsamer anstiegen, stellen die Prämien heute eine viel höhere Belastung der Haushaltsbudgets dar als noch vor 20 Jahren (siehe Abbildung 7).

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat die Belastung durch die Krankenkassenprämien nach Einkommen genauer untersucht und dabei die Prämienentlastungszahlungen einberechnet. Für den schweizerischen Durchschnitt wurde der Verbilligungsanspruch nach Einkommensgrösse und Haushaltstyp für jeden Kanton einzeln bestimmt und anhand der Bevölkerung nach Kantonsgrösse gewichtet. Das Ergebnis ist ein Vergleich der durchschnittlichen Belastung der Haushaltseinkommen der Jahre 2000 und 2019 im Verhältnis zum Bruttoeinkommen, dargestellt in Abbildung 8. Die Belastung in Prozent des frei verfügbaren Einkommens würde entsprechend noch höher ausfallen.

ABBILDUNG 7 ENTWICKLUNG DER KRANKENKASSENPRÄMIEN

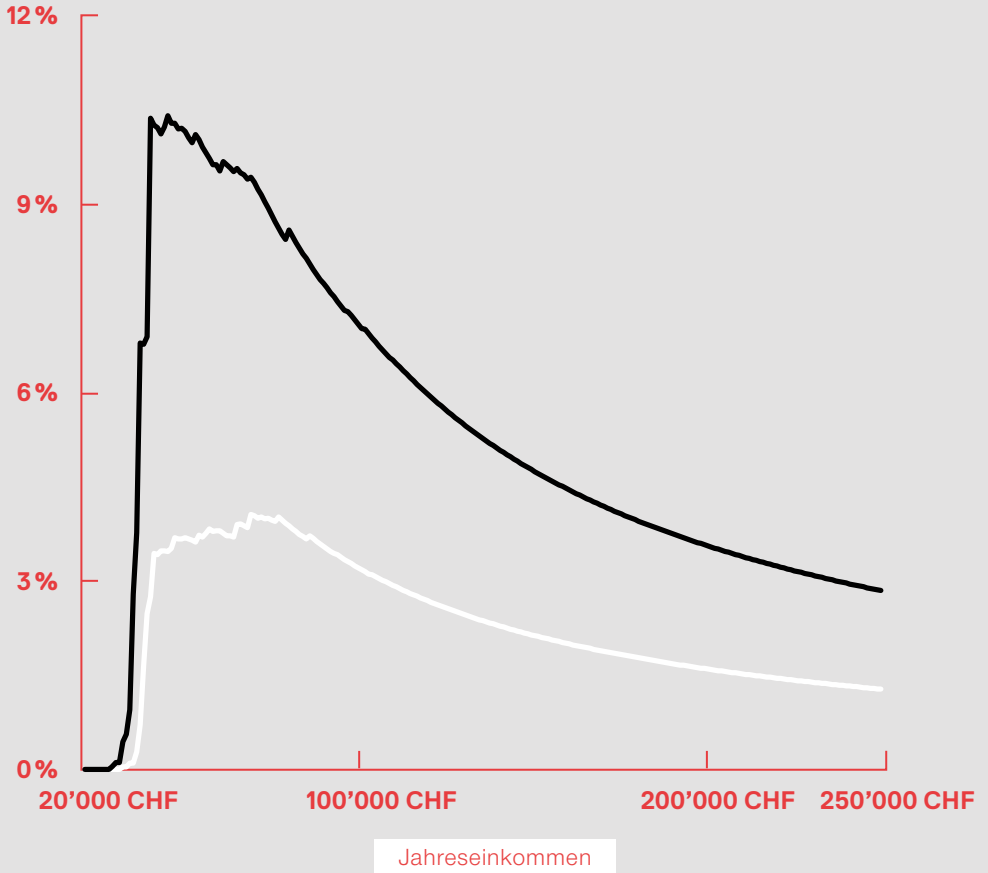


- Prämien
- Prämienverbilligungen
- Löhne

Daten: SGB Verteilungsbericht 2020

ABBILDUNG 8 PRÄMIENLAST NACH EINKOMMEN

Alleinstehende mit einem Kind

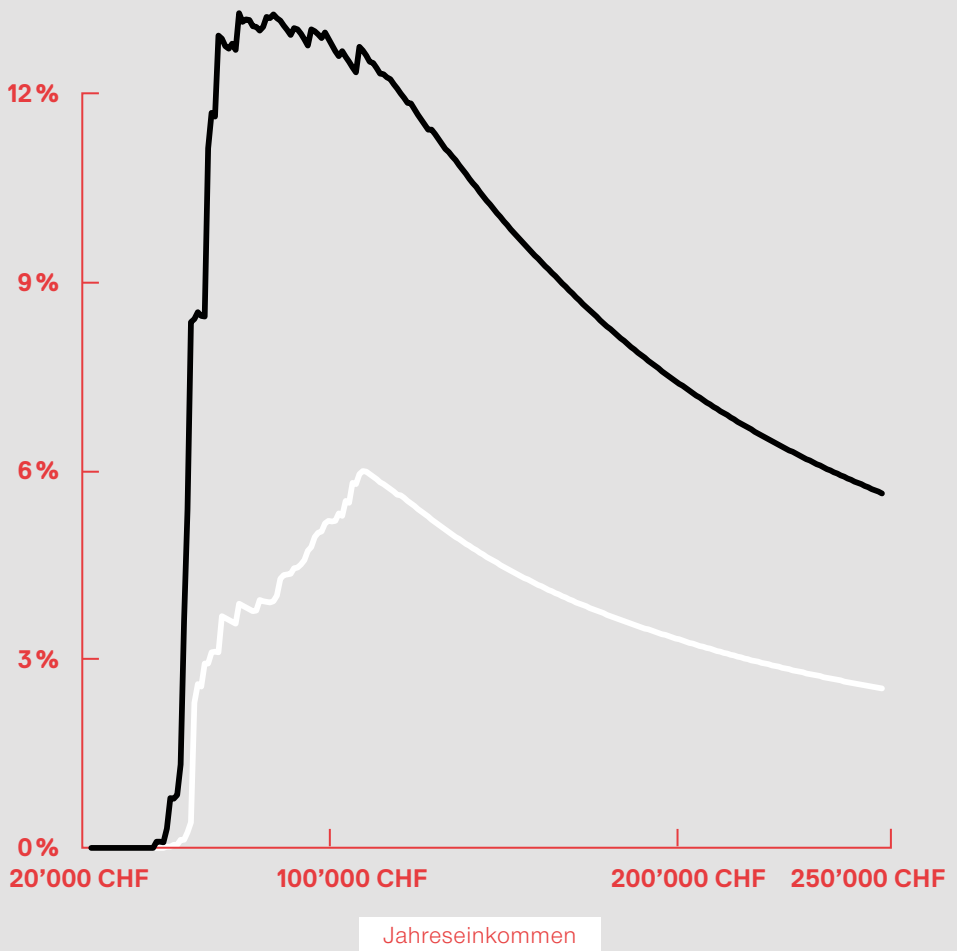


- 2019
- 2000

Quelle: SGB-Verteilungsbericht 2020

PRÄMIENLAST NACH EINKOMMEN

Paar mit zwei Kindern



- 2019
- 2000

DRITTBETREUUNGSKOSTEN

In der Schweiz werden öffentliche Gelder von nur rund 0,1 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) in die externe Kinderbetreuung investiert. Im internationalen Vergleich bildet die Schweiz damit bei der Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung nach Irland das europäische Schlusslicht. Im Durchschnitt geben die OECD-Länder für die Altersgruppe 0 bis 3 Jahre 0,8 Prozent des BIP aus, in Norwegen und Schweden sind es knapp 2 Prozent.

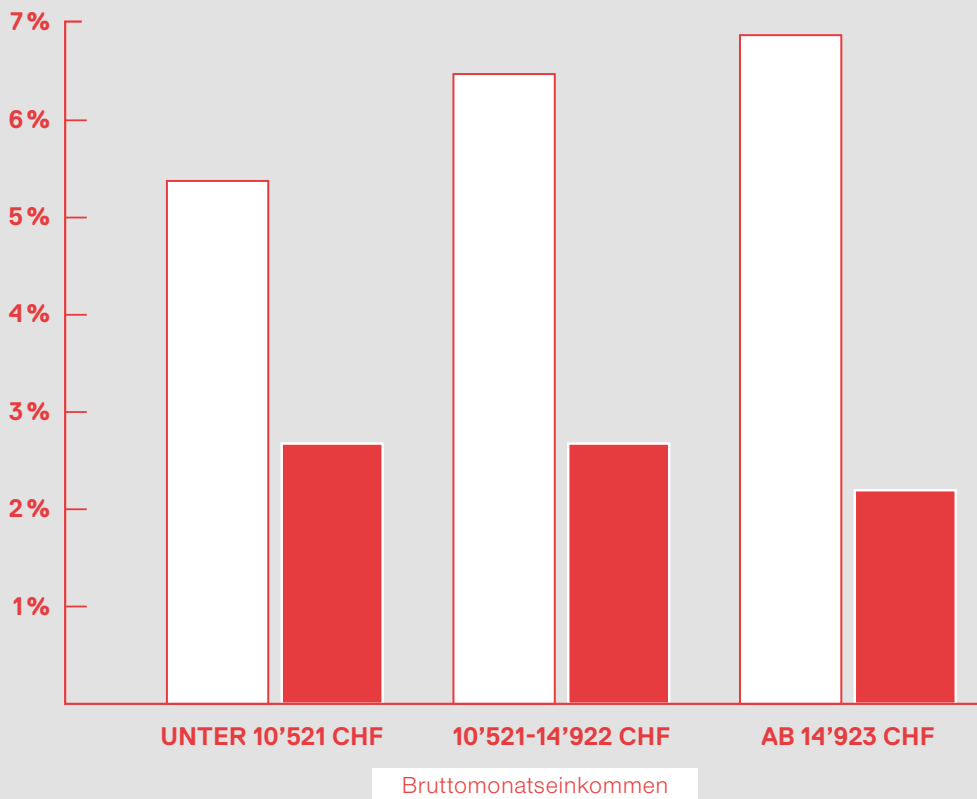
Schätzungen zufolge gibt es derzeit rund 67'000 Vollzeit-Plätze in Kitas und Tagesfamilien. Das entspricht einem Versorgungsgrad von ca. 18 Prozent. Seit 2004 sind schätzungsweise 25'000 neue Plätze geschaffen worden. Dennoch ist der Bedarf damit nicht gedeckt. Vor allem die privat zu tragenden Kosten für einen Betreuungsplatz sind in der Schweiz sehr hoch. Das erschwert den Zugang zur familienergänzenden Betreuung besonders für einkommensschwache Familien.

Eine durchschnittliche Familie mit zwei Kindern, die über ein mittleres Einkommen verfügt und deren Kinder an zwei Wochentagen in die Kita gehen, zahlt nach Abzug der Subventionen dafür rund 12'100 Franken im Jahr. Sind die Kinder im Vorschulalter, machen die Ausgaben für die familienergänzende Betreuung 5,5 bis 7 Prozent des Haushaltseinkommens aus (siehe Abbildung 9).

Neben den Kosten für Wohnen und Krankenkassenprämien sind die Ausgaben für die familienergänzende Betreuung für Familien ein relevanter Faktor, der das frei verfügbare Einkommen und damit die Kaufkraft als Ganzes massgeblich verringert. Zusätzlich reduzieren die hohen Preise die Erwerbsquote insbesondere der Frauen.

ABBILDUNG 9 AUSGABEN FÜR FAMILIENERGÄNZENDE KINDERBETREUUNG

Belastung in Prozent des verfügbaren Einkommens



- Altersklasse des jüngsten Kindes: 0 bis 3 Jahre
- Altersklasse des jüngsten Kindes: 4 bis 12 Jahre

STEUERLAST

Bund und Kantone haben in den letzten Jahren die Einkommenssteuern reformiert. Abbildung 10 zeigt, dass davon vor allem sehr hohe Einkommen profitiert haben. Während ein mittleres Einkommen im Jahr 2021 dieselbe Steuerlast wie im Jahr 1984 trägt (rund 13 Prozent), ist der Steuersatz für sehr hohe Löhne stark gesunken. Die Abbildung 7 zeigt, dass für Lohnmillionäre die Steuerbelastung in diesem Zeitraum um fast ein Fünftel reduziert wurde. Mittlere Einkommen (und damit die Kaufkraft) haben also von vergangenen Steuerreformen nicht profitieren können. Dies schwächte die Steuerprogression – der Grundsatz, dass wirtschaftlich Stärkere einen grösseren Teil der öffentlichen Ausgaben finanzieren sollen.

Ein alleinstehender Lohnmillionär spart heute im Vergleich zum Jahr 2000 jährlich über 30'000 Franken – nur dank Steuersenkungen. Die sehr hohen Löhne sind also nicht nur überdurchschnittlich gestiegen (siehe Abbildung 3), sondern wurden zusätzlich steuerlich überdurchschnittlich entlastet. Ein mittlerer Lohn konnte im selben Zeitraum nur von einer Steuersenkung von gerade einmal 125 Franken pro Jahr profitieren.

Nicht nur Lohnmillionäre, sondern besonders Vermögen, Kapital und Kapitalgewinne wurden in den letzten 20 Jahren massiv entlastet. Eine neue Studie der Anny-Klawa-Morf-Stiftung zeigt, dass die Steuerlast des Kapitals um mehr als 20 Prozent reduziert wurde, während die Steuerlast auf Arbeit insgesamt um 3,9 Prozent angestiegen ist (siehe Abbildung 11).

ABBILDUNG 10 STEUERBELASTUNG

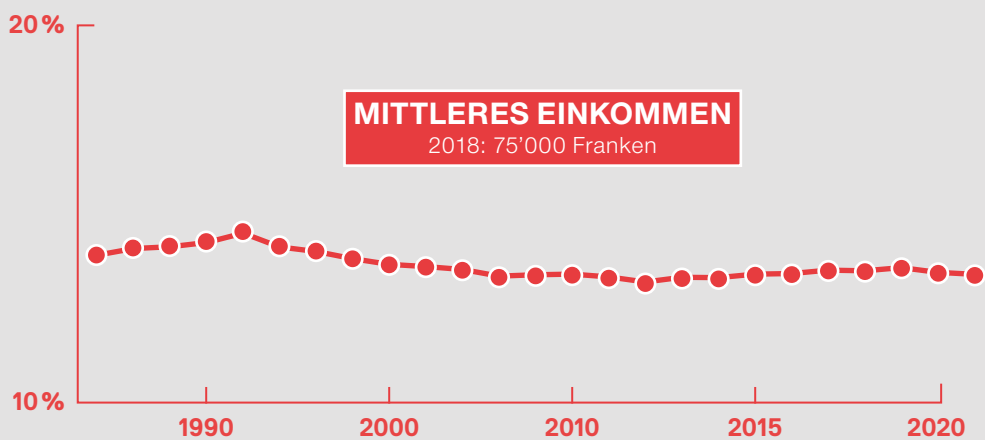
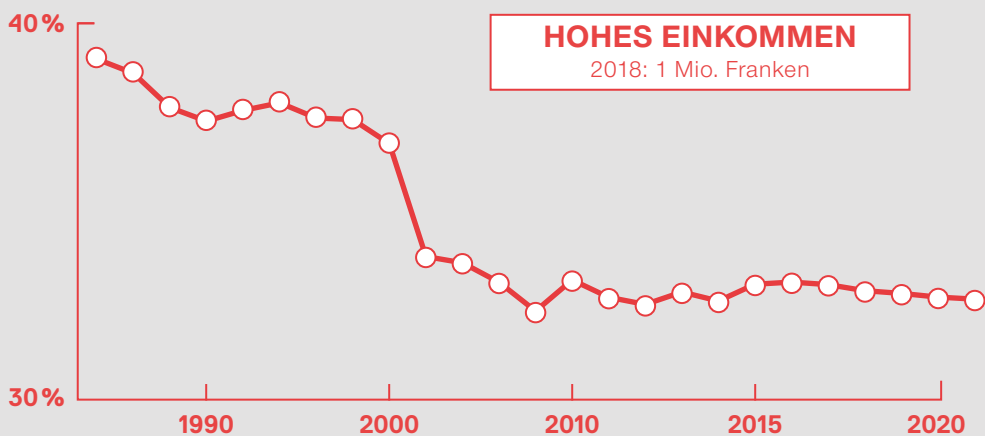
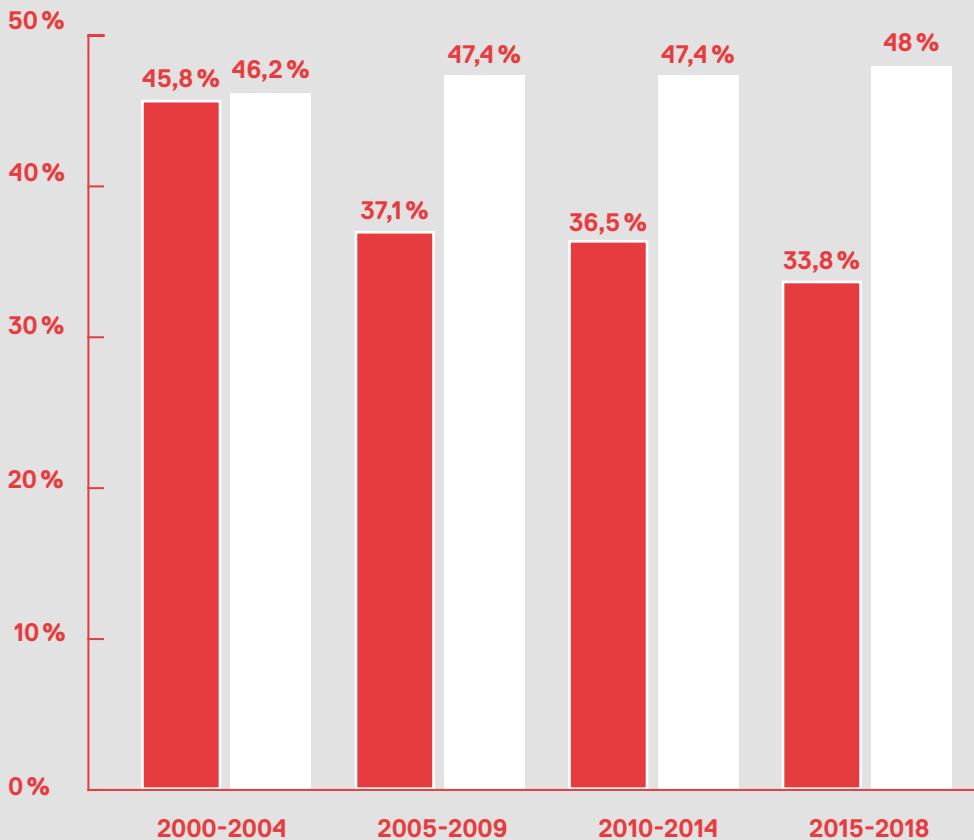


ABBILDUNG 11

STEUERBELASTUNG VON KAPITAL UND ARBEIT



- Kapital
- Arbeit

Daten: Anny-Klawa-Morf-Stiftung, 2022

FAZIT

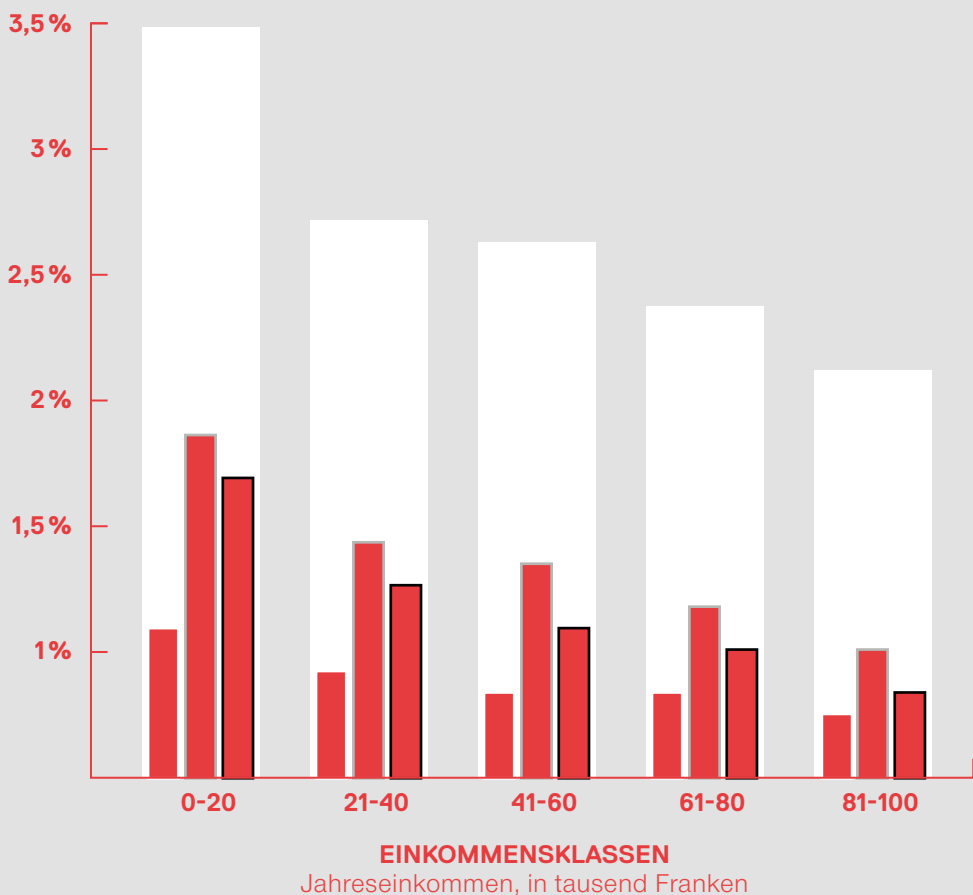
Insgesamt ergeben die Zahlen ein klares Bild: Die Kaufkraft der Schweizerischen Bevölkerung ist unter Druck. Während die tiefen und mittleren Löhne in den letzten 15 Jahren nur um etwa 10 Prozent angestiegen sind, wurden die Mieten im gleichen Zeitraum doppelt so stark erhöht (+ 22 Prozent) und die Krankenkassenprämien sind regelrecht explodiert (+ 134 Prozent). Die Steuerlast der mittleren Einkommensklassen hat sich nicht verändert. Zu den Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung sind keine Daten über die Zeit erhältlich, doch mit durchschnittlich 1000 Franken pro Monat für eine Familie mit Durchschnittseinkommen und zwei Kindern ist auch dieser Haushaltsposten ausserordentlich hoch.

Unter dem Kaufkraftverlust der letzten Jahre leiden nicht nur die betroffenen Privathaushalte, sondern auch die inländische Wirtschaft. Einkommen, das für obligatorische Abgaben oder Fixkosten ausgegeben wird, fehlt beim frei verfügbaren Einkommen und somit beim privaten Konsum. Darunter leidet das Gewerbe. Eine Stärkung der Kaufkraft geht deshalb auch mit einer Stärkung der inländischen Wirtschaft einher.

Die aktuelle Inflation von knapp 3 Prozent verschärft die ohnehin prekäre Situation zusätzlich. Indem die meisten Arbeitgeber die Teuerung nicht oder nicht vollständig ausgleichen, sinken die realen Löhne der unteren und mittleren Einkommen, und die Lohnschere geht weiter auf. Ausgabenseitig belastet die Teuerung vor allem die Haushalte mit einer hohen Konsumquote, also ebenfalls die unteren und mittleren Einkommensklassen.

ABBILDUNG 12 AKTUELL: STEIGENDE PREISE

Effekt in Prozent des verfügbaren Einkommens



- Inflationseffekt
- + 27 % Elektrizitätspreise
- + 10 % Nahrungsmittelpreise
- + 6,6 % Krankenkassenprämien

Daten: Konjunkturforschungsstelle ETH Zürich

VOLKSINITIATIVE FÜR GUTE KITAS

Die Kita-Initiative sorgt für genügend bezahlbare Kita-Plätze und fördert damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gleichzeitig sorgt sie auch für gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne. Die Initiative will, dass die vor allem von Frauen geleistete Arbeit in den Kitas endlich ernst genommen und gerecht bezahlt wird. Denn ohne externe Kinderbetreuung würde unsere Wirtschaft zusammenbrechen.

VOLKSINITIATIVE FÜR PRÄMIENENTLASTUNG

Die Prämien-Entlastungs-Initiative will, dass kein Haushalt mehr als 10 Prozent seines verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben muss. Die Initiative bietet eine pragmatische Lösung: Weil das System der Prämienverbilligungen in den Kantonen fest verankert ist, kann die Initiative unbürokratisch und einfach umgesetzt werden.

VOLKSINITIATIVE FÜR EINE 13. AHV-RENTE

Die AHV stellt für einen grossen Teil der Rentner:innen die Haupteinkommensquelle dar, insbesondere bei Personen mit tiefen und mittleren Einkommen. Heute sind die AHV-Renten zu tief und sichern die Existenz nicht. Eine 13. AHV-Rente wäre ein effizientes und einfach umsetzbares Mittel, um die Renten unmittelbar zu erhöhen.

Impressum:

SP Schweiz

Theaterplatz 4

3011 Bern

info@spschweiz.ch